

# Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **185 (2019)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Italien

## Rückzug aus der Türkei

Bis Ende 2019 wird Italien seine entlang der türkisch-syrischen Grenze stationierten SAMP/T-Raketenbatterien ins Bel Paese zurückholen. Die italienischen Luftabwehrraketen wurden im Rahmen der NATO-Beistandsverpflichtung entsendet. Der stellvertretende Cinque-Stelle Verteidigungsminister, Angelo Tofalo, erklärt zwar, dass der Rückzug nichts mit der gegenwärtigen Situation in Nordsyrien und dem türkischen Einmarsch ins Nachbarland zu tun hat. Nur, die Ankündigung erfolgt just nach einer landesweiten Empörung über die türkische Invasion und dem Aufruf des Aussenministers, Luigi Di Maio, der Türkei keine Waffen mehr zu liefern. Verteidigungsminister Lorenzo Guerini (Partito Democratico) erklärte aber an einer NATO-Verteidigungsmi-  
nisterkonferenz Ende Oktober



Treffen der NATO-Verteidigungsminister Ende Oktober.

Bild: NATO

in Brüssel, dass der Schritt bereits seit dem Frühjahr besprochen wurde und die nötigen Vorkehrungen nun getroffen sind. Die Raketen und 130 Soldaten werden heimkehren. Damit kann das Kabinett in Rom gleich zwei Erfolge verbuchen. Eigene Versprechen einlösen und die aktuelle politische Situation bedienen; insbesondere die Regierungsparteien sprachen sich für harte

Sanktionen gegen die Türkei aus.

Nachdem auch Spanien ähnliche Schritte ankündigte, musste NATO-Generalsekretär Stoltenberg Stellung beziehen. Er erwarte, dass die NATO-Mitglieder der Türkei weiterhin helfen werden und Luftverteidigungsmittel an deren Grenze zu Syrien einsetzen. Denn hier müsse die gesamte sicherheitspolitische Di-

mension betrachtet werden, so Stoltenberg: «Die NATO-Unterstützung übt Druck auf die Türkei aus.

Und bei inzwischen 3,5 Millionen Flüchtlingen am Bosphorus können es sich europäische Politiker nicht leisten, die Beziehungen zur Türkei tatsächlich zu unterbrechen.» Spanien will nun in der Türkei bleiben, Italien bleibt bei seinen Plänen.

## Russland

## Erster «Afrika-Gipfel», ein Kontinent im Fokus

Nur zwei Tage gab sich Vladimir Putin, um 40 afrikanischen Staatsoberhäuptern und Tausenden von Teilnehmern am ersten Russland-Afrika-Gipfeltreffen Ende Oktober im russischen Sotschi seine Absichten zu erklären. «Die letzten fünf Jahre zeigten leider, obwohl sich der russisch-afrikanische Warenaustausch auf mehr als 20 Milliarden Dollar verdoppelte, dass das gesamte Volumen immer noch zu wenig ist. Vom Gesamtbeitrag gehen fast 40%, also mehr als 7,7 Milliarden an Ägypten, obschon es auf dem gesamten Kontinent unzählige lukrative Geschäfte und erfolgsversprechende Handelspartner mit hohem Wachstumspotential gäbe.» China setzt zehn Mal

mehr um, für Putin also eine Herausforderung. So sieht sich denn auch der Malische Präsident Keita an alte Sowjetzeiten erinnert, wenn er meint: «Bereits 1961 hätte Russland vielversprechende Investitionen in seinem Land getätigt» und seine Ministerin für Wirtschaftsförderung ergänzt: «Mali ist die zentrale Logistikkreuzschei-

be in Afrika». Nur, das Land ist nebst vielen weiteren in der Sahelzone und den umliegenden Regionen stark von Konflikt betroffen. Kein Problem für Putin, er unterstützt diverse Länder militärisch und versucht auf diese Weise, eine stabile Sicherheitslage zu erschaffen. Zweihundert Söldner, inklusive Helikopter und schwe-

rem Gerät des kreuennahen Privatsicherheitsanbieters Wagner, unterstützen beispielsweise seit Oktober das Militär in Mozambique. Vor allem im Kampf gegen islamistische Terroristen. Die Firma Wagner hat aber auch im Sudan und der Zentralafrikanischen Republik ihre Finger im Spiel. In letzterer will der dortige Präsident Faustin-Archange Touadéra unter Umständen sogar eine russische Militärbasis zulassen. Es wäre die erste in Afrika. Südafrika liess russische Langstreckenbomber auf seinen Air Base trainieren. Und natürlich geht es auch um Rohstoffe. Der Betreiber der weltgrössten Platinmine in Zimbabwe gehört der dortigen Regierung und Moskau gemeinsam. Rosatom, die Nuklear-Staatskorporation Russlands, arbeitet eng mit Namibia zusammen.



Zeigt sich optimistisch: Putin an seinem Afrikagipfel.

Bild: TASS

Rosneft, die ebenfalls staatliche Petro-Gesellschaft, ist für die Förderung der Öl- und Gasvorkommen in den Küstengewässern vor Moçambique zuständig. Die russische Alrosa, der weltweit grösste Diamantförderer, darf in Angola auf die politische Unterstützung aus der Heimat zählen. Es ist naheliegend: nachdem die USA ihren sicherheits- und geopolitischen Einfluss weltweit, aber besonders in Afrika abbauen, ist Russland darum bemüht, dieses Vakuum zu füllen. Putin geht dabei unkompliziert vor. Er liefert, was er verspricht. Viele Waffen (Russland ist der grösste Rüs-

tungsexporteur nach Afrika), Technologie und eben auch Sicherheit. In der Abschlussrede in Sotschi unterstrich er deshalb sein Engagement für Afrika in genau diesen Bereichen und kündigte Win-Win-Partnerschaften auf allen Ebenen an. Putins Ziel, er will privilegierter Partner auf dem Kontinent werden und vor allem Chinas Vorsprung einholen. Dafür, und das betonte er zum Ende erneut, will er vor allem auf die militärische Fachkompetenz seines Landes zurückgreifen, um so den gemeinsamen Dialog zu fördern, neue Partnerschaften zu bilden und alte Allianzen zu festigen.

## Deutschland / Indien

### Rüstungsexporte

Deutschland und Indien wollen wirtschaftlich enger zusammenarbeiten. Beim Staatsbesuch von Kanzlerin Merkel betonte Ministerpräsident Modi, sein Land sei vor allem an deutscher Hochtechnologie interessiert; insbesondere im militärischen Bereich.

Bei den fünften deutsch-indischen Regierungskonsultationen geht es vor allem um die Wirtschaft. Indiens Ministerpräsident Narendra Modi betonte, sein Land wolle Deutschland als Partner im Umwelt-

aber auch im Verteidigungsbereich. Insgesamt unterzeichneten beide Seiten 22 Abkommen. Unter anderem wurde vereinbart, deutsche Exporte mit sicherheitspolitischer Bedeutung zu vereinfachen.

Zuvor führte Indiens Luftwaffe Übungen mit französischen Rafale durch. Im Jahr 2020 wird Indien 18 Flieger in die Flotte aufnehmen. Im Rahmen der «Make in India» und «Skill India»-Initiativen der Regierung in Neu-Delhi läuft der Aufbau einer Produktionsstätte von Dassault Reliance JV (DRAL) in Nagpur.

## Schweden

### Bombenanschläge nun Alltag

Nun reagiert Schwedens Nachbar: Dänemark führte per November auf Geheiss seiner sozialdemokratischen Premierministerin Mette Fredriksen wieder verstärkte Grenzkontrollen an den Hauptverbindungen nach Schweden ein. Ihr Beweggrund: 13 Bombenanschläge und mehrere grössere Schiessereien im Gang-Milieu seit Februar 2019 in und um Kopenhagen. Die Schuld dafür wird in Schweden gesucht. Dort – unter anderem in der Grenzstadt Malmö – hat die Presse indes aufgehört, über Delikte in diesem Zusammenhang zu berichten. Allein im ersten Halbjahr 2019 wurden im Königreich über hundert Bomben, meist in Form von Handgranaten gezündet. Erst Ende Oktober an einem Abend in Stockholm an verschiedenen Orten deren drei. Man spricht von Normalisierung. Statistik wird erst seit 2018 geführt, als insgesamt 160 Detonationen gezählt wurden. Das Phänomen ist neu. Akzentuiert durch 45 tödliche Schiessereien ist die Urheberchaft rasch gefunden: Clans mit ausländischen Wur-



Universitätsstadt Linköping, Juni 2019.

Bild: Quillette

zeln. Experten der Schwedischen Verteidigungsakademie referieren deshalb über eingewanderten Terrorismus. Todesopfer waren bislang bei den Sprengstoffattentaten keine zu beklagen. Die Polizei spricht von einem Wunder, wenn wie im Juni in Linköping bei einer Explosion zwei Wohngebäude und über 250 Wohnungen beschädigt wurden. Kollateralschaden wird unterdessen in Kauf genommen. Nach zwei gezielten Hinrichtungen auf offener Strasse reicht es aber auch dem sozialdemokratischen Justizminister Schwedens, Morgan Johansson. Dieser will die Täter «bis ans Ende der Welt» verfolgen. Allein, er

hat dafür zu wenig Polizisten. Hunderte von Zeugen können infolge Personalmangels derzeit nicht befragt werden. Fehlgeleitete Einwanderungspolitik und mangelnde Integration sind Hauptursache dieser Entwicklung, ist sich auch die führende Zeitung des Landes sicher. Unterdessen hat die linksgrüne Regierung einen langen Massnahmenkatalog beschlossen, der insbesondere die Repression in den Vordergrund stellt. Dies, weil eine generelle Sprengstoffamnestie Ende 2018 erfolglos blieb. Bürger konnten damals Explosivstoffe straflos an designierten Polizeistationen abgeben.

## Serbien

### Slavic Shield 2019

Erstmals trainiert die russische Armee mit S-400 und PANTSIR-Luftabwehrraketen auf serbischem Boden. Die Luftabwehr-Übung «Slavic Shield 2019» sah vor, gemeinsam mit Russland gebildete Kampfgruppen vor «feindlicher Aufklärung und Offensivaktionen» zu schützen, so das serbische Verteidigungsministerium. Die Übung begann am 24. Oktober mit Luftangriffen im südrussischen Astrachan am Kaspischen Meer, gefolgt von entsprechenden taktischen Gegenmassnahmen und endete fünf Tage später mit der Stationierung von hochmoderner Luftabwehrtechnik auf der Batajnica Air Base ausserhalb Belgrads. Serbien, das von NATO-Ländern umgeben ist, rief damit die Atlantikallianz auf den Plan. In Brüssel wog man aber ab und meinte: «Das sei eine Angelegenheit, in die sich die NATO nicht einmischt. Die Neutralität Serbiens wird völlig respektiert». Das sich Belgrad anlässlich verschiedener PFP-Programme an der Zusammenarbeit mit der NATO beteiligt, wird als «beruhigend»

aufgefasst und diene der «guten und produktiven Beziehung» zwischen dem Balkanstaat und dem westlichen Verteidigungsbündnis. Zum Ab-

schluss der Übung dankte der serbische Verteidigungsminister Vulin Russland und bekräftigte explizit, dass Serbien dank seiner Neutralität un-

gleich wie 1999, als die NATO sein Land bombardierte, nunmehr frei seine Partner wählen kann. Denn durch Slavic Shield «seien sich sein Land und Russland durch harte Arbeit nähergekommen, stärker und vor allem freier geworden.» Premierminister Vučić zeigte sich bei einem Übungsbesuch erfreut und meinte, dass sein Serbien nun russische PANTSIR-Raketen kaufen wird. «Unsere Soldaten sind nun in der Ausbildung und trainieren an

modernstem Gerät. Ich erwarte deshalb, dass sie in etwa zwei Monaten in der Lage sein werden, das System selbständig gegen Marschflugkörper und unbemannte Luftfahrzeuge einsetzen zu können», so der Premier. Die ersten Systeme werden schon demnächst geliefert, bestätigte Moskau. Für Vučić ein Erfolg. So träumte er denn auch laut und meinte, dass «wenn Serbien zwei S-400-Bataillone besässe, würde es niemand wagen, die Souveränität unseres Luftraums in Frage zu stellen.» Aber, so schloss er: «Sollten die Russen die S-400 nach Slavic Shield nicht absichtlich zurücklassen, so können wir uns diese einfach nicht leisten».



Stolzer Verteidigungsminister Vulin (Mitte) mit Pantsir-S1.

## USA / Nordkorea

### Schwieriger Dialog

Vermittler der nordkoreanischen und der US-amerikanischen Regierung hatten sich im Oktober zu Gesprächen über das nordkoreanische Atomprogramm in Schweden getroffen. Diese waren aber ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Führung in Pjöngjang liess wissen, ihr gehe allmählich die Geduld aus. In einem Statement hiess es, es gebe keine nennenswerten Fortschritte. Die US-Regierung irre sich sehr, sollte sie Kims Ultimatum nicht ernst nehmen.

Damit ist eine Frist bis Ende des Jahres gemeint, die der Diktator der Führung in Washington gesetzt hatte. Bis dahin solle die US-Seite Vorschläge vorlegen, die für alle Beteiligten akzeptabel seien. Pjöngjang fordert unter anderem eine Lockerung der internationalen Sanktionen. US-Diplomaten sehen das allerdings skeptisch.

US-Präsident Trump zeigt unterdessen, dass das Thema atomare Abrüstung offenbar noch auf seiner politischen Agenda steht. Am Freitag nominierte er Stephen Biegun als stellvertretenden Aussen-

minister. Biegun, eigentlich ein Russlandexperte, ist in Trumps Regierung für die Nordkorea-Angelegenheiten zuständig und führte auch die Gespräche in Stockholm.

Von Republikanern und Demokraten kamen positive Reaktionen auf die Personallie.

Dennoch schlug Trump nach den Raketentests Kritik entgegen: «Diese Tests sind eine Erinnerung daran, dass Donald Trump – ein selbsternannter Friedensstifter – nichts erreicht hat, ausser einer Reihe spektakulärer diplomatischer Fehlleistungen, die US-ameri-

kanische Bürger weniger sicher machen», hiess es von Joe Biden, einem möglichen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten. Nun sei offensichtlich, dass Trump mit seiner Nordkorea-Strategie gescheitert sei.

Südkoreanische Beobachter loben indes den US-Präsidenten, weil dieser sich nicht von Nordkoreas Ultimatum und Tests zum vorzeitigen Handeln drängeln liesse.

Korea Times kommentierte: «Nordkorea treibt ein Katz und Maus Spiel, aber die USA weigern sich, die Maus zu sein.»

## Lateinamerika

### Schwierige Zeiten

Zu Jahresbeginn sah die Welt noch rosig aus in Lateinamerika. Alles sprach für einen beginnenden Wachstumsboom: In Brasilien setzte die Wirtschaft auf das liberale Wirtschaftsprogramm des neuen Präsidenten Jair Bolsonaro. In Argentinien schienen

die Reformen des Präsidenten Mauricio Macri endlich Wachstum zu gerieren.

Doch es kam anders. Lateinamerika ist inzwischen zum Risikofaktor für die Weltwirtschaft geworden – ökonomisch wie politisch.

In Argentinien hat die Bevölkerung jetzt den wirtschaftsliberalen Reformer Mauricio

Macri aus dem Präsidentenamt gejagt und ihn durch den Linkspersonisten Alberto Fernández ersetzt. Die Gefahr einer erneuten Staatspleite wie 2001 ist damit zunehmend real.

In Ecuador hat die Erhöhung der Benzinpreise vor zwei Wochen die Wut der Menschen entfacht. Die Regierung

von Lenín Moreno war zeitweise gezwungen, ihren Sitz aus der Hauptstadt an die Küste zu verlegen.

Ganz zu schweigen von der Tragödie in Venezuela: Die Wirtschaft ist komplett zusammengebrochen. Diktator Nicolás Maduro hat das Land mit der Hilfe von Chinas, Russlands und Kubas Ge-

Hong Kong

Eskalation

Hongkongs Regierung verschärft die Mittel, um die Proteste in der Stadt einzudämmen. Zuletzt hatte sie ein Vermummungsverbot erlassen, jetzt droht sie mit einem gravierenden Schritt.

Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam hat Aktivisten mit einer chinesischen Militär-Intervention gedroht. Sollte sich der Aufstand weiter verschärfen, könne keine Option ausgeschlossen werden. Zugleich hoffe die Regierung Hongkongs, die Krise alleine lösen zu können.

Lam wandte sich an Kritiker im Ausland. Sie sollten sich der Realität stellen, dass die Demos von einer dramatischen Gewalteskalation überschattet würden und nicht mehr «friedliche Bewegung für Demokratie» genannt werden könnten.

Zuletzt hat die Hongkonger Regierung das Tragen von Masken und Gesichtsschminke bei illegalen und zugelassenen Kundgebungen untersagt.

Das Vermummungsverbot setzte Lam mit Notfallbefugnissen durch, mit denen sie das Stadtparlament umgehen kann. Der Schritt löste zuletzt weitere Proteste mit Zehntausenden Teilnehmern aus.

Entzündet hatten sich die Demonstrationen an einem geplanten Auslieferungsgesetz, nach dem Verdächtige an Festlandchina ausgeliefert werden sollten. Lam hat das Gesetz zwar inzwischen zurückgezogen, doch die Demonstranten fordern jetzt auch die Direktwahl der Regierungschefin, eine Untersuchung von Polizeigewalt, die Freilassung von Demonstranten und dass die Proteste nicht mehr als Krautwalle bezeichnet werden.



Militärpolizei in Santiago de Chile.

Bild: DPA

heimdienst fest im Griff. Die Zahl der Flüchtlinge dürfte Ende des Jahres auf über fünf Millionen angeschwollen sein. Das ist ein Sechstel der Bevölkerung, das vor Hunger, Krankheiten und Repression aus dem ölfreichsten Land der Erde geflohen ist.

Überall rumort es auf dem Kontinent. Selbst das einstige Musterland Chile, das Staatspräsident Sebastián Piñera

noch als «Oase der Stabilität» bezeichnete, ist zum Stabilitätsrisiko geworden. Eine minimale Erhöhung der Metro-Fahrtkartenpreise um umgerechnet fünf Rappen hat zu den gewalttätigsten Demonstrationen seit Ende der Pinochet-Diktatur vor 30 Jahren geführt. Die Regierung verhängte eine Ausgangssperre und schickte das Militär auf die Strasse.

Nordkorea

«Supergrosse» Raketentests

Das nordkoreanische Regime hatte etwas zu feiern. Man habe einen «supergrossen» Mehrfachraketenwerfer getestet, hiess es aus Pjöng-

jang. Das «Feuersystem» funktioniert perfekt, Staatschef Kim Jong un sei zufrieden.

Die Verlautbarungen bestätigten, was Nachbarländer schon vermutet hatten: Nordkorea hatte Raketen getestet. Südkorea sprach von zwei

«unbekannten Projektile», das japanische Verteidigungsministerium teilte mit, es könnte sich um zwei ballistische Kurzstreckenraketen gehandelt haben. Tests dieser Art sind Nordkorea durch UNO-Resolutionen untersagt. Derartige Raketen können konventionelle, chemische, biologische oder atomare Sprengköpfe befördern.

Es waren nicht die ersten Raketenstarts in diesem Jahr; Nordkorea hatte zudem auch gedroht, wieder Langstreckenraketen zu testen. Damit will das Regime im Streit über sein Atomprogramm Druck ausüben, vor allem auf die USA. Die Regierung von US-Präsident Donald Trump spielte die Drohungen bislang herunter – doch nun braucht er schnelle Erfolge, sonst könnte ihm das Thema im anstehenden Wahlkampf schaden.

Die Projektile wurden nach Angaben der südkoreanischen Armee von der Provinz Südpjongan in der Nähe der Hauptstadt Pjöngjang gestartet. Die Projektile flogen etwa 370 Kilometer weit und erreichten eine Höhe von 90 Kilometern, bevor sie ins Japanische Meer (koreanisch: Ostmeer) stürzten. Eine US-amerikanische Militärbasis im Norden Tokios schlug kurzzeitig Alarm.

Machthaber Kim gratulierte nach Angaben der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA den Wissenschaftlern. Der Test habe gezeigt, dass das System genug Feuerkraft habe, um feindliche Ziele bei einem Überraschungsangriff vollständig zerstören zu können, hiess es bei KCNA.



«Supergrosser» Mehrfachraketenwerfer.

Bild: KCNA

Pascal Kohler,  
Henrique Schneider